

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

OWR als EWR-Ersatz

Basel (spk) Die Region Basel, wirtschaftlich und kulturell eng mit dem benachbarten Ausland verbunden, steuert weiter voll auf Europa-Kurs. Bereits bestehen institutionalisierte trinationale Kontakte zu Elsass und Südbaden. Mit den Mitteln der «kleinen Aussenpolitik» sollen sie – als EWR-Ersatz – möglichst zu einem «Oberrheinischer Wirtschaftsraum (OWR)» erweitert werden.

Die Signale aus der Region Basel nach dem EWR-Verdikt waren deutlich: Ein Volksmehr im Rücken, beeilten sich Politik und Wirtschaftsverbände, den regionalen Katzenjammer in ein Bekenntnis zum Europa vor der Haustür umzuwandeln. Die Basler Regierung machte sich für «neue Wege» in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Nachbarn stark, der Grosse Rat sprach in einer einstimmig verabschiedeten Resolution gleich vom «Oberrheinischen Wirtschaftsraum (OWR)» als Basler Antwort auf den selbstverordneten Alleingang.

Langer Atem

Bis zu einem «OWR» ist freilich noch ein langer Weg. Das Interesse aus Deutschland und Frankreich wird zwar kaum erlahmen, ist die Nordwestschweiz mit 40 Prozent der regionalen Wertschöpfung doch der potenteste der Partner. Ausserdem beschäftigt sie 43 000 Grenzgänger aus Elsass und Südbaden. Probleme macht dagegen Artikel 8 der Bundesverfassung, der Zoll- und Handelsverträge ausdrücklich dem Bund vorbehält.

Plädiert wird in Basel deshalb für eine Ausweitung der kantonalen Verfassungskompetenzen oder eine Harmonisierung und Annäherung an Europa. Ein Vorstoss zur Reaktivierung des Eurolex-Pakets ist eingereicht, eine Standesinitiative zu Europa wird bald folgen.

Gegen Totalverbot der Tierversuche

Bern (AP) In Bern ist am Montag ein Aktionskomitee gegen ein Totalverbot der Tierversuche gegründet worden. Das überparteiliche Komitee, dem bereits 80 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier angehören, wendet sich gegen die am 7. März zur Abstimmung gelangende Initiative «für die Abschaffung der Tierversuche», wie es in einer Mitteilung heisst.

Sind Vorarbeiten für Zollvertragsverhandlungen geleistet worden?

FBP fordert den Zusammenzug aller betroffenen Kreise statt Geheimdiplomatie – Geht es nur um den Warenverkehr oder um andere Fragen?

(G.M.) – Komplizierte Verhandlungen mit der Schweiz über die Änderung des Zollvertrages sowie mit den EWR-Staaten über die Bereitschaft, die schweizerisch-liechtensteinischen Verhandlungsergebnisse zu akzeptieren, stehen bevor. Doch statt alle Wirtschaftskreise für Vorarbeiten zu den Zollvertragsverhandlungen zusammenzuziehen, um mit den besten Kräften eine Verhandlungsposition zu erarbeiten, beginnen erste Verhandlungen in Bern, die einseitig auf den Warenverkehr ausgerichtet sind. Verfolgt die Regierung die Strategie wie bisher, erst auf unausweichliche Umstände zu reagieren?

Nach der EWR-Zustimmung Liechtensteins auf das schweizerische Nein, die nach vorheriger offizieller Lesart zur Aufkündigung des Zollvertrages führen müsste, war schnelles Handeln angezeigt. Eine erste Verhandlungsdelegation aus unserem Land reiste in der vergangenen Woche nach Bern, um Gespräche über die Änderung des Zollvertrages zu führen. Für Liechtenstein bestand der Handlungsbedarf aufgrund der klaren Aussage, dass der EWR-Beitritt nicht zu einer Änderung des Zollvertragsverhältnisses mit der Schweiz

führen dürfe, während die Schweiz zum Handeln gezwungen wurde, weil die EWR-Partner wohl kaum akzeptieren würden, dass die Schweiz über Liechtenstein am EWR teilnehmen könnte.

Schleier des Schweigens

Ungeachtet der bisher harten Kritik an der fehlenden Transparenz der Integrationspolitik der Regierung und der lückenhaften Informationspolitik über die Verhandlungen wurde auch im Vorfeld der ersten Kontaktnahme Schweiz-Liechtenstein über die Änderung des Zollvertrages ein Schleier des Schweigens gelegt. Während in Vaduz beschwichtigend nur von einer «Ausleerung und einer Gewichtung der Probleme des Warenverkehrs» die Rede war, wurde in Bern offen von einer Verhandlungsrunde gesprochen. Weil auch die Schweiz an einer möglichst raschen Regelung der Zollvertragsfrage interessiert ist, dürften zwar – wie aus Bern verlautete – einige Knacknüsse vor den Verhandlungspartnern liegen, die komplexe und komplizierte Verhandlungen nach sich ziehen, doch als unlösbar wird die Sachlage nicht angesehen. «Mit gutem Willen, Phantasie und Pragmatis-

mus» sollten die Probleme gelöst werden können, waren sich Prinz Nikolaus und Minister Franz von Däniken als Verhandlungsleiter einig, wobei sie gleichzeitig auch ihrer Hoffnung Ausdruck gaben, dass sie auf «eine gewisse Flexibilität der EWR-Staaten» hofften.

Warum nicht informiert?

Die aus der bestehenden EWR-Verhandlungsdelegation sowie durch Experten aus der Industrie zusammengesetzte Delegation, die in Bern verhandelte, war offenbar von der Regierung zusammengestellt worden, ohne dass der Landesausschuss des Landtags, der nach der Schliessung des Parlaments für die ausserpolitischen Belange zuständig ist, informiert wurde. Erneut hinkt der Landtag mit seinem Informationsbedürfnis hinter den Integrationsvorstellungen der Regierung her und muss sich als Volksvertretung selbst um die Informationen bei der Regierung bemühen.

Die vielfach von Regierungschef Hans Brunhart beschworene «Gemeinsamkeit» entpuppt sich wieder einmal als leeres Schlagwort, das wohl Offenheit

gegenüber allen Strömungen demonstrieren soll, in Tat und Wahrheit jedoch in der Praxis nicht zur Durchführung gelangt. «Was soll diese Geheimdiplomatie?» fragte FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer mit Recht und fügte hinzu: «Der Landtag, unsere Volksvertretung, wird geradezu verhöhnt, wenn zwar ausgewählte Wirtschaftsverbände informiert werden, nicht aber der Landesausschuss.»

Geht es nur um Warenverkehr?

Mit dem Begriff «ausgewählte Wirtschaftsverbände» wird angedeutet, dass nicht die Gesamtwirtschaft von der Regierung angesprochen wurde. Wie bereits bei den EWR-Verhandlungen, wird offenbar ein Teil der Wirtschaft, insbesondere der Finanzdienstleistungssektor, von den Zollvertragsverhandlungen ausgeschlossen. Gemeinsamkeit im Vorgehen oder Konzentration der Kräfte scheint es im Vokabular des verantwortlichen Aussenministers nicht zu geben. Dabei werden auch in der Schweiz Fragen gestellt, die weit über den Warenverkehr hinausgehen. Notenbankchef Markus Lusser beispielsweise deutete in einem Interview mit der Handelszeitung an, wohin der Weg führen könnte: «Liechtenstein hat sich durch den Anschluss an den EWR wirtschaftlich eine sehr gute Ausgangslage geschaffen, und wenn es der Regierung gelingt, gleichzeitig den Zollvertrag mit der Schweiz aufrechtzuerhalten, hat es hier im realwirtschaftlichen Bereich eine wirklich privilegierte Wettbewerbsstellung. Probleme sehe ich dort, wo via Währungsvertrag und Schweizer Franken zusätzlich noch einige Spezialitäten offeriert werden, die der heute exemplarisch saubere Finanzplatz Schweiz nicht bietet.»

Kommt die Währungs- und Steuerfrage?

Diese «Spezialitäten» führte der Notenbankchef der Schweiz im Detail aus: «Die Sorgfaltspflicht der Banken, die Identifizierung der Kunden und gesellschaftsrechtliche Besonderheiten. Man kann bis zum Steuerrecht gehen, vor allem in Verbindung mit der Verweigerung von Rechtshilfe, selbst bei Steuerbetrug. Das Ja zum EWR entspricht auch dem Wunsch des Fürsten von Liechtenstein, aus dem Rucksack der Schweiz zu kommen. Es wäre legitim, wenn die Schweiz in diesem Moment Liechtenstein auch zu verstehen gibt, dass man gerne einige dieser Belastungen aus dem gleichen Rucksack entfernen würde.»

Kein Informationskonzept für Landeskanal?

Die Kritik am neuen Medium Landeskanal häuft sich – Regierung informierte auch Landtag nicht

(G.M.) – Der Landeskanal, von der Regierung als «neues Medium in Liechtenstein» gepriesen, hatte zwar einen aktuellen und vielbeachteten Start, doch die dahinterstehende Konzeption ist bisher nicht transparent geworden. Die Chancengleichheit in Bezug auf den Zugang zu diesem Medium besteht vorderhand nicht, die Regierung benutzt diesen Fernsehkanal für ihre Zwecke – ohne Unterscheidung zwischen Information und Werbung. Im Zusammenhang mit der EWR-Propaganda wurde das geflügelte Wort geprägt, dass der «Landeskanal zum Landesskandal» geworden sei.

Einen Probelauf ergab sich für den Landeskanal mit der Übertragung der ersten EWR-Debatte im Landtag, als während mehreren Stunden die rhetorisch bescheidenen Glanzstücke der Abgeordneten in voller Länge übertragen wurden. Nach dem wenig erbauenden Auftakt dürfte die Berichterstattung aus dem Landtag künftig wohl nicht mehr auf diese Weise geschehen, zumindest findet sich im «Informationskonzept» der Regierung für den Landeskanal kein Hinweis darauf.

Wie «Aktuelles aus dem Landtag» künftig übertragen werden soll, bleibt vorerst das Geheimnis der Regierung, denn offenbar entscheidet die Regierung allein über Umfang und Auswahl der Übertragungen. Allerdings erfolgte beispielsweise die Aussendung der EWR-Pressekonferenz, ohne dass eine entsprechende Entscheidung der

Regierung vorlag, was nicht unbedeutende Fragen nach der Verantwortlichkeit aufwirft. Doch dies ist nicht das einzige Beispiel im noch jungen Leben des Landeskanals, das in der Öffentlichkeit auf Kritik stiess.

Vor allem die Information der Regierung über den EWR-Beitritt, die mehr propagandistischen als informativen Charakter aufwies, machte deutlich, dass die «Chancengleichheit beim persönlichen wie sachlichen Zugang zum Landeskanal», wie der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler im Landtag kritisierte, nicht gegeben ist. Es sei allein ins Ermessen der Regierung gestellt, bemängelte FBP-Fraktions Sprecher Dr. Ernst Walch, «ob, wann und wie sie informiert. Leitlinien, Grundsätze, wie Information vermittelt und Transparenz hergestellt werden soll, fehlen.»

Auch der Bericht der Regierung über den Landeskanal, von der FBP-Fraktion mit einer Interpellation verlangt, brachte wenig Licht in dieses Informationsdunkel. Die Antworten der Regierung, so die Kritik von Otmar Hasler (FBP), erschöpften sich weitgehend in einer Beschreibung der Struktur und Organisation des Landeskanals: «Ein Informationskonzept scheint auf Seiten der Regierung nicht vorhanden zu sein.» Beeindruckend liess sich die Regierung bisher von dieser Kritik, aber auch von den Vorwürfen aus der Öffentlichkeit, nicht. Unbeeindruckt nahm die Regierung bislang auch die Hinweis entgegen, in anderen Ländern werde bewusst darauf verzichtet, «mit Steuermitteln Öffentlichkeitsarbeit in Form von sogenannten Arbeits-, Leistungs- und Erfolgsberichten zu betreiben.»

Das soziale Netz in der Schweiz wird nächstes Jahr enger geknüpft

Neue Erlasse zur Finanzierung der Arbeitslosen – Mehr Geld für Rentner – 19 Bundesgesetze und -beschlüsse sowie 69 Verordnungen in Kraft

Bern (AP) Das soziale Netz für Arbeitslose und Rentner wird enger geknüpft. Auch in der Krankenversicherung soll mit einem zweiten Sofortprogramm die Solidarität verbessert werden. Und Opfer von Gewaltverbrechen können mit zusätzlicher Hilfe und Beratung rechnen. Dies sind einige der zentralen Änderungen, die auf den 1. Januar mit 19 Bundesgesetzen und 69 Verordnungen wirksam werden.

Lohnempfänger werden wegen der massiv gestiegenen Arbeitslosigkeit stärker zur Kasse gebeten: Die Prämie für die Arbeitslosenversicherung wird um das Fünffache auf das gesetzliche Maximum von zwei Prozent angehoben, wovon die Hälfte der Arbeitgeber trägt. Dies bringt zusätzlich 2,9 Milliarden, dennoch fehlen Ende 1993 voraussichtlich 1,8 und 1994 gar drei Milliarden Franken. Deshalb wird eine beschleunigte Sanierung der Versicherung vorbereitet, die Mitte 1994 greifen soll. Ab Neujahr müssen Arbeitslose noch einmal wöchentlich stempeln. Die Höchstdauer der Kurzarbeitsentschädigung wird von zwölf auf 18 Monate, die Bezugsfrist von Arbeitslosengeldern von 250 auf 300 Tage angehoben.

Ab 1. Januar kommen rund 500 000 AHV- und IV-Rentnerinnen und Rentner zu höheren Abgeltungen. Die sozial Schwächsten können von einer neuen Rentenformel und höheren Hilflosen-



Das soziale Netz für Arbeitslose und Rentner wird enger geknüpft. Auch in der Krankenversicherung soll mit einem zweiten Sofortprogramm die Solidarität verbessert werden. Dies sind einige der zentralen Änderungen, die auf den 1. Januar mit 19 Bundesgesetzen und 69 Verordnungen wirksam werden.

entschädigungen profitieren. Die grösste Erhöhung ergibt sich mit 13,4 Prozent für Versicherte mit einem massgebenden Einkommen von 33.800 Franken. Zudem erhalten Ehepaare die Ren-

ten getrennt ausbezahlt. Die Erziehungsgutschrift zur Besserstellung der geschiedenen Frauen wird erst 1994 wirksam. Die Bestimmungen sind bis Ende 1995 befristet, dann sollte die 10. AHV-Revision in Kraft treten.

Die Bezüger der AHV, IV, der Unfallversicherung und von Ergänzungsleistungen erhalten auf 1993 einen Teuerungsausgleich von 4,4 Prozent. Der Mindestbetrag der einfachen AHV-Vollrente steigt auf 940 Franken, der Höchstbetrag auf 1.880 Franken. Die Ehepaarrenten liegen zwischen 1.410 und 2.830 Franken. Angehoben werden die Einkommensgrenzen für Ergänzungsleistungen, die neu 16.140 für Alleinstehende, 24.210 für Ehepaare und 8.070 für Waisen betragen. Die Verbesserungen kosten 1,103 Milliarden, die durch ordentliche Einnahmen gedeckt sind.

In der beruflichen Vorsorge werden die Grenzbeiträge (koordinierter Lohn) auf 22.560 und 67.680 Franken erhöht. In der freiwilligen Altersvorsorge (Säule 3a) können unselbständig Erwerbende maximal 5.414 Franken steuerfrei einzahlen, Selbständigerwerbende 27.072 Franken.

Eisiger Hauch zum Jahresende

Zürich (AP) Schön und kalt wird das Jahr 1992 zu Ende gehen. Dies gilt vor allem für das Flachland, während es in den mittleren und höheren Lagen ab Wochenmitte wieder milder wird, wie ein Sprecher der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) am Montag auf Anfrage sagte. Schnee wird wegen der anhaltenden Bisenlage vor Jahreswechsel nicht mehr erwartet.

Im Flachland auf rund 500 Metern Höhe wurden laut SMA am Montag in der ganzen Schweiz im Flächenschnitt zwischen null und minus ein Grad gemessen. Minus zehn Grad wurden zur gleichen Zeit im Napfgebiet auf rund 1400 Metern Höhe verzeichnet. Die beissende Kälte wurde vor allem durch die Bisenlage verursacht. Über den Jura hinweg fegten die eisigen Winde aus Nordosten mit 120 Kilometern pro Stunde. Bei anhaltender Bise mit dem Wegfall der Hochnebeldecke durch den trockenen Wind nochmals massiv kälter werden. Im Flachland kann mit Temperaturen von zwischen minus fünf und minus zehn Grad gerechnet werden. Diese Kälteeisen werden in den kommenden Tagen bestehen bleiben.